

Uhmüt

ZEITUNG AN DER

UNI HEIDELBERG

Nr. 42

Auflage 2500

10.6.91

Heiße Phase für Schacht Konrad Einwendungen gegen Atommüll-Endlager sind jetzt möglich

Das Trauerspiel um die Endlagerung des Atommülls ist seit Jahrzehnten in der Presse. Und das aus gutem Grund, ist nach dem Atomgesetz für die Genehmigung jedes Kernkraftwerks der Nachweis einer Möglichkeit der Müllentsorgung vorgeschrieben. Leider hatte damals niemand in das Gesetz geschrieben, daß diese Entsorgungsmöglichkeit dann auch schon zur Verfügung stehen muß. Und so ist es möglich, daß es, während es noch kein einziges genehmigtes Endlager für Atommüll gibt, die Kernkraftwerke im Lande langsam aber sicher ihr Verschrottungsalter erreichen.

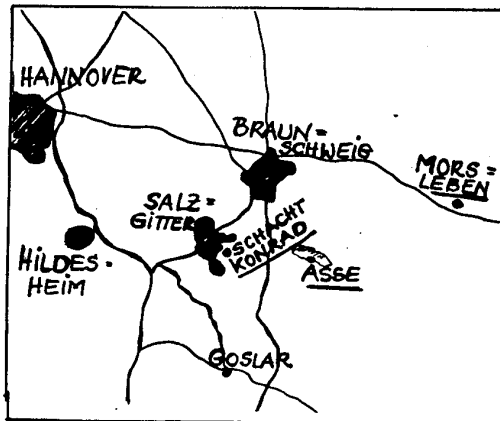
In den Jahren von 1967 bis 1978 wurde Atommüll in dem ehemaligen Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel "abgelegt" (siehe Bild). Dies war offiziell ein reiner Probetrieb zu Versuchszwecken. (Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht ganz amüsant, anzumerken, daß gerade letzten Freitag das Bundesverwaltungsgericht festgestellt hat, daß das KKW Obrigheim, auch wenn es nur eine Genehmigung für den "Anfahr- und Probetrieb" hat, durchaus mit voller Leistung Strom produzieren darf. Der Probetrieb wurde in der Genehmigung zeitlich begrenzt und dauert dann seit inzwischen 20 Jahren an!!)



Atommüll-Fässer in der Asse

Wie groß der Druck des inzwischen angestauten Atommülls ist, hat sich nach der deutschen Vereinigung gezeigt, als die Bundesregierung versuchte, das Endlager der DDR in Morsleben (siehe Karte) durch einen "Bestandsschutz" auch dem westlichen Atommüll zur Verfügung zu stellen. (Eine gewisse Ironie liegt ja in der Tatsache, daß vor der Grenzöffnung beide deutsche Staaten die

ihrer Ansicht nach optimalen Endlagerstätten ausgerechnet im Zonenrandgebiet ausfindig gemacht haben.) So sollte die eigentlich vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren umgangen werden.



DAS Endlager schlechthin!

Diesen durch das Atomgesetz vorgeschriebenen Teil des Genehmigungsverfahrens durchläuft gerade eine andere Anlage in der gleichen Gegend, das ehemalige Erzbergwerk Schacht Konrad. (Der Merkwürdigkeiten kein Ende: Schon 1981 mußte der arme Konrad im Gen.verfahren des KKW Grafenrheinfeld als Entsorgungsnachweis erhalten.) Die Bedeutung, die Schacht Konrad im nationalen Kernkraftwerkgefüge inzwischen hat, wird an folgender Kurzchronik deutlich: 1976 wird mit der Untersuchung des Bergwerks im Hinblick auf eine Eignung als Endlager für schwach-strahlenden Krankenhausmüll begonnen. Im laufenden Verfahren dagegen geht es darum, im Schacht Konrad "nicht nennenswert wärmeentwickelnden" Atommüll unterzubringen. Der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig zufolge sind dies 95% (in Worten: FÜNFUNDNEUNZIG PROZENT) des insgesamt produzierten Atommülls! Schacht Konrad soll also vom Müll-Volumen her das zentrale Endlager für Deutschland werden.

Nach Angaben der "Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad" in Salzgitter-Bleckenstedt (weiß der Geier, wie man auf sol-

che Ortsnamen kommt) ist das beantragte Hohlraumvolumen mit 650000 m³ deutlich zu groß ausgefallen, gemessen am Bedarf der deutschen Kernkraftwerke. Mit der Einführung des europ. Binnenmarktes 1993 kann Schacht Konrad also sogar zu einem "Endlager für Europa" befördert werden.

Im Genehmigungsverfahren gar nicht berücksichtigt sind die Transporte des Atommülls quer durch die Republik und die Zwischenstops auf dem Bahnhof in Braunschweig. Dort sollen die ankommenden Transporte gesammelt und zusammengestellt werden. Die sich daraus ergebende Aufenthaltsdauer machen den Braunschweiger Güterbahnhof ohne Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung zu einem Zwischenlager. Daher müssen auch die Transporte des Mülls in das Genehmigungsverfahren einbezogen werden.

Zum Genehmigungsverfahren

Die Antragsunterlagen liegen bis 15.7. in verschiedenen Behörden in Niedersachsen aus. Das bedeutet aber nicht, daß nur die Eingeborenen aus dem Flachland etwas gegen das Endlager Schacht Konrad haben dürfen. In dieser Zeit können alle Bürgerinnen und Bürger Einwendungen erheben, wie das im Amtsdeutsch verklausuliert genannt wird. Die AG Schacht Konrad und der BUND haben daher ein Einwendungsformular erstellt, um möglichst viele zu diesem Schritt zu ermuntern. Das Verfahren ist kosten- und daher auch restlos risikofrei, was von dem Endlager sicher nicht behauptet werden kann. Das Einwendungsschreiben muß also nur noch abgeholt, durchgelesen, unterschrieben und abgeschickt werden.

Ein Einwendungsformular und weitere Informationen gibt es beim BUND-Umweltladen in der Hauptstr. 42 (Tel. 25 817) oder direkt bei der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, Bleckenstedter Straße 24, 3320 Salzgitter-Bleckenstedt. Dorthin kann auch die Sammeleinwendung geschickt werden. Über Einzeleinwendungen freut sich das Nds. Umweltministerium, Archivstr. 2, 3000 Hannover 1. Und wie!

Gerald



Wahlkrampf-Potpourri

Böse Briefe an die Hochschulgruppen



Ach Juso-HSG!

Wenn es nicht gerade ein Mitglied der SPD ist, das auf einer deiner Veranstaltungen zum 428. Male SPD-Programm unter Stimmvieh streut, dann kriegst du doch wirklich kaum was auf die Beine. Und das, obwohl du beste Beziehungen zur neuen Über-Mutter der Stadt Heidelberg unterhältst. Die "Heidelberger Blätter"? Ist das alles? Immerhin arrangierst du dich nicht so vorbehaltlos mit dem universitären Status Quo wie andere Partei-Ableger, vertrittst wohlklingende Standpunkte und postulierst hehre Ziele. Allerdings scheinst du, Juso-HSG, der formal-demokratischen Schaumschlägerei deiner Erwachsenen-Fraktion deutlich zugeneigt. Klein-Bonn in Heidelberg, das scheint dein Traum zu sein, Juso-HSG. Stramme Fraktionen, markige Reden, Tages- und Geschäftsordnungen und am allerliebsten nächtelange Diskussionen darüber? Nein, nein, nein, Juso-HSG! Wen willst du denn damit hinter dem Ofen vorlocken? Selbst die feuchte SPD-Oberbürgermeisterin hast nicht du, sondern der Sommeruni-AK auf's Podium gebracht. Wie wär's also in Zukunft mit ein bißchen mehr **Handlungspraxis**? Steht nicht in der Geschäftsordnung? Tja dann...

Es ist an der Zeit, daß du dich, Heidelberger Juso-Hochschulgruppe, endlich selbst entJUNGferst, anstatt vor SPD-Dogmen-Katalogen zu onanieren. Wozu brauchst du eigentlich das parteipolitische Etikett? Ist's etwa doch der Blick einiger VertreterInnen auf den persönlichen Werdegang? Oder brauchst du's, weil dich sonst niemand erkennen würde?

Unglückliche LHG!

Von Herzen gönne ich dir, LHG, nach dem diesjährigen Wahlkrampf einen Sitz im Asta. Na, klopft das Karriereherzchen schon ein bißchen schneller? Kennenlernen sollst du sie endlich, die tolle Gremienarbeit und den mysteriösen politischen Gegner (die berühmte "Einheitsliste der Fachschaften"), die du ja bislang nur vom Hörensagen (aber offenbar besser, als sie sich selbst) kennst. Es ist schon ein erbärmliches Schicksal, aus der Distanz liberaler Theorie, allein mit hochschulpolitischem Halbwissen bewaffnet, immer auf die dummen anderen schimpfen zu müssen, die sich "schmollend in die Untätigkeit" zurückgezogen haben, ohne daß du, LHG, dem Wahlvolk zeigen kannst, was du so so alles draufhast. "Wer politisch vertreten will, muß sich an dem messen, was er (sich) geleistet hat." Genau! Deine Leistungen, LHG, könnten sich sehen lassen, wenn man sie sehen könnte. Bislang haperts bei dir noch mit der Leistung. Immerhin drei deiner Wahlvereine (Mannheim, Darmstadt, Heidelberg) mußt du aufbieten, um einmal

im Semester mit einem vierseitigen Keep-Smiling-Flugblatt viel Wind zu machen. Und dann ist schnell die Luft raus, wie einer deiner Aktivisten bereits auf der Titelseite in seinem Wahl-Lamento zugibt: "Das Schreiben und Verwerfen von Flugblättern und Artikeln, die nur für den Papierkorb produziert werden und die anderen Notwendigkeiten, davon wissen nur die Beteiligten selber. Die Aktiven in den Hochschulgruppen kommen während der Sommersemester zu nichts." Psychisch und Grammatisch matt, "Gewiefter Schachspieler" Axel Schlenker! Hier hätte besser der "unbarmherzige Journalist" A. Lienke die Feder geführt. Alles in allem also: Leistung noch mäßig!

Volle Leistung, LHG, bringst du hingegen beim Image-Marketing. Mit hübschen Bildchen deiner VertreterInnen wirbst du für dein (ihr?) Image. Das von dir, LHG, vorgestellte Schattenkabinett überzeugt durch ausgewiesene hochschulpolitische Kompetenz: Neben einem "intellektuellen Hardcoreschlagzeuger", einem "hammerharten Blau-Blut" wartest du mit einem "Wogenglätter", einem "Schachspieler" und einer "temperamentvollen Südländerin" auf. Ahem? Bist du sicher, daß da keine Verwechslung vorliegt? Waren das nicht die Bildchen der Leute für den "Beauty-Contest" bei "Tutti Frutti"? Nein? Oh, Entschuldigung! Also tatsächlich Schach gegen den Rektor und südländisches Temperament im senilen Senat? Und wo soll der Schlagzeuger vorspielen? Hardcore bei der Forschungskommission? Wenn das man gut geht...

Als getarnte Juristen-Wählergruppe ziehst du, LHG, mit geballter Rechtsverdreh-Kompetenz in die Wahl-Schlacht. Immerhin sechs (6!) deiner VertreterInnen gehören der "Jurist. Fak." an. Der RCDS bringt es auf schlappe drei. Beim Aristokraten-Bonus sieht die Sache allerdings anders aus! Mit einer Blaublut-Quote von 14,3% (zu Eulenburg, van de Loo) siehst du neben dem RCDS (Blaublut-Quote: 28,6% (von Koeller, von Maltzahn, von Kielmannsegg, von Lepel)) alt aus. Macht nix! Dafür hast du leichte Vorteile beim Smiley-Index (12:10). Die Smiley-Message "Wir sind lauter nette Leute und machen alles besser" wird ganz sicher bei den WählerInnen rüberkommen! Outfit in! Inhalt out!

P.S.: Du willst die "Fachschaften auch weiterhin unterstützen", tönst du, LHG. Welche meinst du denn? Frag doch "die Fachschaften" mal, ob sie von dir unterstützt werden wollen, LHG. Übrigens: Nicht alle Juristinnen wählen LHG, gell?

Sauhaufen FSK!

Du meinst es ja wirklich gut! Aber glaubst du tatsächlich, daß du mit einem bunt zusammengewürfelten Häuflein von Leuten, die eine ganze Nacht brauchen, um vier Bleiwüsten-Flugblätter zu entwerfen, dein schillerndes Image aufpolieren und mit den gestylten Partei-Hochschulgruppen konkurrieren kannst? Während andere brav ihre Programme runterbeten, wie wir das in der Demokratie gewohnt sind, prahlst du mit Kulturarbeit, kritischer Öffentlichkeit, Sommeruni, Fachschaftsunterstützung, etc..., und glaubst, damit Punkte machen zu können. Voll daneben FSK! Der Wind des Zeitgeistes weht in die andere Richtung. Nimm dir ein Beispiel an der LHG. Verpacke jeden Pups in Goldpapier und verkaufe ihn als große Leistung. Aber du orientierst dich am Prinzip Hoffnung und den Prinzipien der Chaos-Theorie. Kleinste Veränderungen führen in komplexen Systemen zu unvorhersehbaren Ereignissen. Das kann doch nur ins Chaos führen! Wie wir alle wissen, sind die typischen Krankheiten von Alternativen, Spontis, Unorganisierten und ähnlichem Gesocks immer dieselben:

- 1.) **Unordnung:** "Hat jemand den schwarzen Filzstift gesehen?"
- 2.) **Technischer Dilettantismus:** "Der Computer piept. Was soll ich jetzt machen?"
- 3.) **Informationschaos:** "Von dem Raum-antrag weiß ich nichts."
- 4.) **Kompetenswirrwarr:** "Geht jetzt endlich mal einer ans Telefon!"
- 5.) **Lustprinzip:** "Welche Kneipe hat'n nach 3 Uhr noch auf?"
- 6.) **Völlerei:** "Gib mir mal die Nummer vom Pizza-Service."
- 7.) **Motivationsdefizite:** "Waas?! Sonntag um Zehn?"

So wird das doch nichts! Ganz erstaunlich FSK, daß aus dem Chaos dann doch immer wieder erfreuliche Ansätze entstehen. Naja. Auch ein blindes Huhn findet mal ein Korn. Ohne die Arbeit der Fachschaften, AKs, Referate, Initiativen (und die Erkenntnisse der Chaos-Theorie!) wärest du allerdings hoffnungslos alleingelassen.



"Mexico-Kaffee" kommt gut an!

Auwertung der FSK-Fragebogenaktion zur Einführung eines gerechter vermarkteten Kaffees

Anfang des Sommersemesters 1991 führte das Studentenwerk Heidelberg, auf Initiative der FSK (Liste der Fachschaften) und des entwicklungspolitischen Arbeitskreises des HSR (Hochschulring), in zwei seiner sechs Cafeterien (den Nichtraucher-Cafeterien) den Mexico-Kaffee ein. Der in Deutschland durch die gemeinnützige Organisation GEPA (Gesellschaft zur Förderung des partnerschaftlichen Handelns mit der Dritten Welt) vertriebene Kaffee wird von einer Kleinbauern-Genossenschaft im Süden Mexicos angebaut. Er unterscheidet sich in folgenden Punkten von herkömmlichen Kaffeesorten:

- Der Kaffee wird ohne Verwendung von giftigen Pflanzenschutzmitteln angebaut.
- Er besteht aus unvermishtem Hochland-Kaffee. In herkömmlichem Kaffee befinden sich normalerweise 7-8 verschiedene Sorten.
- Das Direktvermarktungskonzept garantiert den mexikanischen Kleinbauern Preise, die weit über den üblichen internationalen Dumping-Kaffeehandelspreisen liegen.

Das Studentenwerk Heidelberg hat sich entschlossen, den höheren Einkaufspreis an die Studierenden weiterzugeben. Eine Tasse des Mexico-Kaffees kostet jetzt 10 Pfennig mehr als der herkömmliche Kaffee.

Bei der Konzeption des Fragebogens interessierten uns vornehmlich 2 Fragen: Zum einen wollten wir herausfinden, ob der Kaffee hinsichtlich Geschmack, Preis und "Idee" bei den Studierenden ankommt. Zum anderen interessierte uns die "Reichweite" der bisher geleisteten Öffentlichkeitsarbeit.

Die Befragung wurde am 22. und 23. Mai durchgeführt, also fünf Wochen nach Einführung des Mexico-Kaffees. Befragt wurden 102 Studierende in allen Cafeterien der Uni.

Erfreulicherweise scheint der Mexico-Kaffee für die Mehrzahl der Studierenden inzwischen ein Begriff zu sein. Zu beachten ist allerdings, daß etwa ein Drittel der Studis, die normalerweise

Einige Ergebnisse der Fragebogen-Aktion			
<i>Wie oft gehst du während des Semesters in einer Uni-Cafeterien einen Kaffee trinken?</i>			
praktisch täglich	45%		
2-4x pro Woche	38%		
1x pro Woche	11%		
noch seltener	6%		
<i>Hast du schon erfahren, daß ein neuer Kaffee eingeführt worden ist?</i>			
Triplex (NichtraucherInnen)	ja: 96%	nein: 4%	
Alle anderen Cafeterien	ja: 68%	nein: 32%	
<i>Wie schmeckt dir der neue Kaffee?</i>			
	Triplex (NichtraucherInnen)	Alle anderen Cafeterien	
viel besser	11%	9%	
besser	44%	31%	
gleich gut	34%	51%	
schlechter	11%	9%	
viel schlechter	0%	0%	
<i>Würdest du gerne noch mehr über den neuen Kaffee erfahren?</i>			
Triplex (NichtraucherInnen)	ja: 27%	nein: 73%	
Alle anderen Cafeterien	ja: 33%	nein: 67%	

nicht in eine der Nichtraucher-Cafeterien (nur dort wird der Kaffee bislang angeboten) gehen, noch nichts von dem Projekt mitbekommen haben.

Mit dem Mexico-Kaffee verbinden die meisten Studierenden den gerechten Preis für die Kaffee-Bauern. Interessanterweise wurde der von der FSK in den Vordergrund gestellte Aspekt des ökologischen Anbaus nur vereinzelt erwähnt, was vielleicht damit zusammenhängt, daß das Studentenwerk diese Eigenschaften in seinen Informationen nicht erwähnte. Beim Geschmacks-test schnitt der GEPA-Kaffee, entgegen vieler Vorurteile, sehr gut ab. Knapp die Hälfte der Kaffeetrinkenden hält ihn für besser als den bisher verwendeten. Nur 10% schmeckt er schlechter. Die Übrigen votierten für "gleich gut". Der Informationsbedarf bezüglich des Kaffees scheint bei der Mehrzahl der Studierenden gedeckt zu sein. Die 30%, die

mehr wissen wollen, interessieren sich vor allem für den Verbleib der 10 Pf, um die der Mexico-Kaffee teurer als der übliche ist. Beim Großteil der Studierenden findet das Kaffee-Projekt uneingeschränkt Zustimmung. Viele wünschten sich, daß der Kaffee in Zukunft auch in den anderen (Raucher-) Cafeterien angeboten wird. Einzelne Stimmen äußerten sich skeptisch bezüglich des Sinns eines solchen Projektes, konnten jedoch mit konkreten Kritikpunkten nicht aufwarten.

Fazit: Die Mexico-Kaffee-Aktion ist bislang ein voller Erfolg. Allerdings ist es bisher offensichtlich leider noch nicht gelungen, schlüssig darzulegen, was nun tatsächlich den mexikanischen Kleinbauern zugute kommt. Bleibt zu hoffen, daß die Aktion in naher Zukunft auf alle Cafeterien ausgedehnt wird.

Staatsempfang für einen blutigen Tyrannen

Nachdem die Rechnung der westlichen Regierungen, den sich laizistisch gebenden Irak als Gegenmacht zum islamisch-fundamentalistischen Chomeini-Regime zu unterstützen, offensichtlich nicht aufgegangen ist, bemühen sie sich nun wieder um eine Vertiefung der Beziehungen zum Iran:

In den nächsten Wochen wird der iranische Staatspräsident Rafsandschani von den Regierungen der BRD und Frankreichs als Staatsgast empfangen werden.

Eine Rolle könnte hierbei auch das Interesse der deutschen Wirtschaft spielen, am Wiederaufbau des im Iran-Irak-Krieges zerstörten Lande beteiligt zu werden. 1990 stiegen die deutschen Exporte in den Iran (darunter Militärgüter) im Vergleich zu den Vorjahren um 66%.

Auch nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges und dem Tod Chomeinis gehen die Menschenrechtsverletzungen im Iran jedoch weiter.

In der BRD lebende iranische Oppositionelle weisen darauf hin, daß nach wie

vor im Iran politisch Andersdenkende festgenommen, gefoltert und teilweise durch grausamste Methoden wie öffentliches Hängen oder Steinigen hingerichtet werden.

Nach Informationen von amnesty international ist die Zahl der offiziell zugegebenen Hinrichtungen in der ersten Hälfte des Jahres 1990 höher als in den Jahren 1987 und 1988 zusammen. Noch immer besteht im Iran strikte Pressezensur. Gewerkschaften und Streiks sind verboten. Sexuelle, religiöse und nationale Diskriminierungen werden fortgesetzt. Rafsandschani ist ein Befürworter von Steinigungen, Inhaftierungen und Auspeitschungen von Frauen, die die islamischen Gesetze, beispielsweise die Pflicht zur völligen Verschleierung, verletzen. Auch die Kurden werden vom iranischen Regime verfolgt. So gingen z.B. Mitte Januar in der kurdischen Stadt Sanandaj die Sicherheitskräfte gegen Bewohner der Stadt vor wobei viele Kurden ausgepeitscht und inhaftiert wurden.

Durch einen Empfang als Staatsgast in

unserem Land wird die menschenverachtende Politik der iranischen Regierung legitimiert. In vielen Städten haben sich daher Komitees gegen den Besuch Rafsandschani gebildet. Auch in Heidelberg hat sich ein solches Komitee gegründet. In der nächsten Zeit werden verschiedene Gruppen und Organisationen mit Veranstaltungen und Aktionen auf die Menschenrechtsverletzungen im Iran aufmerksam machen. Amnesty international plant hierzu am 17. 6. eine Veranstaltung. Der "Verein der Iraner" hat für den 28. Juni Bahman Nirumand eingeladen, der über Folgen des Golfkrieges und u.a. über wirtschaftliche Beziehungen der BRD und Iran sprechen wird. Das "Heidelberger Komitee gegen den Besuch des iranischen Staatspräsidenten Rafsandschani" hat einen Brief an Kohl entworfen, in dem er aufgefordert wird, Rafsandschani wieder auszuladen und bei künftigen Kontakten mit der iranischen Regierung die Einhaltung der Menschenrechte in diesem Land zu fordern. Der Brief hängt und liegt an den einschlägigen Stellen (im Kastra, an Institutspinnwänden, auf Info-Tischen des Komitees etc zum Unterschreiben aus!

Guter, alter RCDS!



Paragraph 218 StGb - Endlich abtreiben!

Respekt, Respekt! Mit überzeugendem Programm trittst du zum Hochschulgruppen-Entscheidungskampf am 11. Juni an. Alle Achtung: das von dir geschnürte Dienstleistungspaket zieht auch Skeptikern die Socken aus.

Weitsicht und Instinkt beweist vor allem deine Marketing-Abteilung mit dem Vorschlag, eine "ASTA-Kopierzentrale" einzurichten. In der Tat eine eminente Marktücke in Heidelberg. Auf der hoffnungslosen Suche nach Copy-Shops und Instituts-Kopierern hat schon manch eine(r) verzweifelt den Wohnort gewechselt. Ein weiterer innovativer Hammer deines cleveren Managements ist der Vorschlag, "Schreibwaren" zu verkaufen, kombiniert mit einem "Schreibmaschinen- und Computer-Verleih". Das ist Unternehmerrgeist! Vom mittelmäßigen VWL-Studi zum Vertriebsleiter der Waren- und Dienstleistungsabteilung des Asta.

Auch dein Umwelt-Team hat die ökologischen Fundamental-Defizite an der Uni charfsinnig erkannt. Eine "Batteriesammelstelle" willst du, RCDS, einrichten! Nicht schlecht. Aber wäre ein Aufruf, keine Batterien mehr zu verwenden, nicht sinnvoller? Nein? - Ach so! Dann wäre ja die geile Batteriesammelstelle überflüssig. Das RCDS-Programm ist an dieser Stelle ganz an die fortschrittliche Umweltpolitik der CDU angelehnt: Lieber Müll verwalten als Müll vermeiden.

Der konservative Mega-Kreativitäts-Schub kommt allerdings von deiner Sozialabteilung. "Einrichtung einer ASTA-Kinderkrippe". Kreischende und krabbelnde Bälger zwischen Altbatterien, Computer- und Schreibmaschinenverleih und ASTA-Schreibwarenladen. Das, lieber RCDS, muß ich neidvoll zugestehen, ist konsequente Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft. Bisher konnte ich bei all meinen ASTA-Besuchen nur einen

Hund ("Lulu" !!!) vorfinden. Beweis für den unsozialen Charakter der gegenwärtigen ASTA-VertreterInnen!

Aber Vorsicht, RCDS! Hast du die Zeichen der Zeit nicht erkannt? Wie schon die hilflos vor sich hin dümpelnde Mutterpartei feststellen mußte, haben Lügen (pardon: Fehleinschätzungen) kurze Beine. Was wird, wenn sich deine Vorschläge als das herausstellen, was sie sind: Blablabla ohne Konzept? Wie schrecklich klingt doch "Kinderkrippen-Lüge" oder "Batteriesammelstellen-Täuschung". Hat der RCDS-Bundesvorstand dich noch nicht gewarnt und dir, wie schon während des Golfkonflikts, Handlungsanweisungen zugeschenkt? Wie hieß es doch damals: "Als Argumentationshilfe haben wir ein Musterflugblatt zum Golfkonflikt beigelegt - bitte macht es von der Situation an Euren Hochschulen abhängig, ob ihr ein derartiges Flugblatt bringen wollt bzw. müßt."

Kein Musterflugblatt diesmal? Also RCDS: Schleunigst Musterflugblatt anfordern, nochmal über alles nachdenken und so lange besser nicht wählen lassen!

P.S. Solltest du, RCDS, nicht die absolute Mehrheit erreichen, so schlage ich vor, daß du erst mal kräftig an deiner Glaubwürdigkeit arbeitest. Denkbar wäre eine "RCDS-Kinderkrippe bei Onkel Reto" (RCDS-Büro) in der Bussemersgasse. Dort auch: "Rhetorik-Kurse" für 1-3Jährige. Also in Zukunft alle Kinder und Altbatterien bei Reto Keller abgeben!

Die Diskussion um die Abtreibung wird in vielen Ländern sehr kontrovers geführt und hat verschiedene "Modelle" hervorgebracht, die dann gestrichelt werden. In der BRD eröffnet die Debatte durch die Verabschiedung einer drängenden Aktualisierung, denn in der ehemaligen DDR gilt immer noch die Fristenlösung, nach der ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten ohne Begründung möglich ist. In der BRD existiert das Indikationsmodell, das den Schwangerschaftsabbruch nur unter strengen Restriktionen erlaubt. Die Entscheidung wird dabei nicht von der betroffenen Frau gefällt. Diese Vorgehensweise führt und führt zu Protest und durch die Umgehung zur Kriminalisierung wie z.B. in den Memminger "Hexenprozessen".

Die Argumente der AbtreibungsgegnerInnen sind hinreichend bekannt. Ihrer Meinung nach ist Abtreibung Mord, und die Verhinderung eines Mordes rechtfertigt es, die Frau zum Austragen des Kindes zu zwingen. Doch die Situation der Frauen in unserer Gesellschaft kommt dabei zu kurz. Denn trotz Verhütungsmitteln (immer noch nicht 100% sicher) kann 'es' auch heute noch passieren. Eine Frau, die ein Kind bekommt, läßt sich die Verantwortung auf, für dieses Kind zu sorgen, und das in einer kinder- und frauenfreundlichen Umgebung. Denn neben den finanziellen Nachteilen durch ungenügendes Kindergeld, höhere Mieten etc. wartet unsere Gesellschaft noch mit sozialen Nachteilen auf. Die Frau wird durch die Doppelbelastung Kind und Beruf aus dem sozialen Kreis herausgedrängt, soziale Kontakte sind kaum noch möglich. Es gibt unzureichende Kinderkrippen und Kindergartenplätze, und teure BabysitterInnen können vom Kindergeld nicht bezahlt werden. Zudem sind Kinder in unserer Gesellschaft unerwünscht. Spielplätze fallen einem Bürohaus und Fahrradwege einer Straßenverbreiterung zum Opfer, denn Kinder haben keine Lobby. Frauen übernehmen mit der Entscheidung für das Kind die Verantwortung für das Aufwachen eines Kindes in dieser Gesellschaft, eine Entscheidung, die das Leben der Frau lange Jahre verändert. Diese Entscheidung, ob das Kind ausgetragen werden soll, wird jetzt aber in die Hände des Staates gelegt. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau wird drastisch eingeschränkt, da sie allein die Verantwortung für eine Entscheidung zu tragen hat, die ihr vollkommen aus der Hand genommen wird.

Abtreibung ist so höchstens Notwehr der Gesellschaft gegenüber, um es mit dieser unstrittigen Terminologie zu beschreiben. Dabei haben Frauen immer abgetrieben und werden

immer abtreiben. Die Abtreibungsquote in der DDR mit dem freieren Fristenmodell ist genauso hoch wie in der BRD mit dem restriktiven Indikationsmodell. Dabei dürfte die Dunkelziffer in der BRD wesentlich höher liegen, da Abtreibung ohne amtlich beglaubigte Notlage eine Straftat ist. In Holland, wo eine liberale Abtreibungsregelung diese erleichtert und eine starke Aufklärung betrieben wird, ist die Abtreibungsquote noch geringer als in der DDR. Die Kriminalisierung der Abtreibung hat damit genau den gegenteiligen Effekt, als er gedacht war. So lange sich die Gesellschaft nicht mit ihrer Frauen- und Kinderfeindlichkeit auseinandersetzt und versucht, diese zu beheben, wird die Abtreibungsquote hoch bleiben.

(Für die Riesenlettern dieses Artikels bitten wir um Entschuldigung!)

Anscheinend gibt es hier also noch anderer Interessen als die, tatsächlich das Recht auf Leben zu schützen (Wie sonst läßt sich das Urteil jenes Richters erklären, der seine Freundin vorher selbst zum Abtreiben schickte?). Was sind die wahren Gründe der AbtreibungsgegnerInnen für ihre Ablehnung? Darum muß man sich nur die Auswirkungen des Verbots betrachten. Was in erster Linie erreicht wird, ist eine Disziplinierung der Frau. Sie darf nicht selbst entscheiden, ob die Gesellschaft, d.h. auch das Umfeld, in dem sie selbst lebt, gut genug für ihr Kind ist. Dabei kennt sie die Gesellschaft, in der ihr Kind leben muß, wohl am besten. Eine Gesellschaft, die von Männern beherrscht und dominiert wird. Es ist bescheiden, daß unter den AbtreibungsgegnerInnen mehr Männer als Frauen sind, während auf den Demos gegen Paragraph 218 mehr als 3/4 der DemonstrantInnen eigentlich betroffenen Frauen sind. Haben Männer Angst, daß sich Frauen gegen "ihre" Gesellschaft entscheiden könnten? Menschen, die Angst vor Strafe haben, werden sich der ihnen aufgezwungenen Entscheidung beugen. Hier wird also (Männer-)Gewalt in Form von Strafordrohung ausgeübt, die darauf abzielt, diese Macht, d.h. die gegenwärtigen Verhältnisse zu erhalten. Dabei handelt es sich nicht um bewußt angewendete Gewalt, sondern die ganze Sache ist viel subtiler. Sie manifestiert sich z.B. in Ausdrücken wie HERRlich und DAM(E)lich und der ausschließlichen Verwendung männlicher Formen im Plural in der Sprache; in Leichtlohngruppen; Quoten von unter 20% in Politik und in der Wirtschaft; in blöder Anmache und einem Diskussionsstil, der auf Konfrontation und Durchsetzen der eigenen Position anstatt Ausgleich und Konsens beruht. Hier müssen sich auch Männer fragen, ob die niedrigen Frauenquoten z.B. in der Wirtschaft daher kommen, daß an dem System etwas faul ist und nicht etwa, daß die Frauen halt nicht wollen; daß Frauen nicht in höhere Positionen steigen, weil die Umgangsformen nicht stimmen. Die Frage nach dem 'Warum' wird nicht gestellt, meist aus Bequemlichkeit. Genauso, wenn Frauen bewußt 'nein' sagen zu einem, von Männern (Bundesverfassungsgericht) geschaffenen, Usterdrückungsparagraphen wie dem 218. Dann heißt es nur noch Knüppel aus dem Sack. Denn diejenigen, die wissen, daß dieses 'nein' weitreichende Konsequenzen auch für sie selbst haben kann, machen Stimmungen dagegen (z.B. diverse Oberhäupter gewisser religiöser Vereinigungen...). Die Diskussion wird ins emotionale abgedrängt, Argumente haben keine Chance mehr. Die Übel werden nicht an der Wurzel gepackt, sondern aus Machterhaltungstrieb verschleiert und tabuisiert. Hier heißt es ansetzen, diese Stimmungsmache aufdecken und die Übel anpacken. Doch damit allein ist es nicht getan. Denn das Ziel muß im Weg schon vorgegenommen werden. D.h. gerade für Männer, daß überdacht werden muß, wie mit Frauen umgegangen wird. Hier muß angezweifelt und das eigene Verhalten verändert werden. Deshalb heißt es nicht nur für Frauen sondern auch für Männer:

- Frauen entscheiden selbst
- für eine frauen- und kinderfreundliche Gesellschaft
- weg mit Paragraph 218 StGB



Termine

Abendveranstaltungen der 3. Heidelberger Sommeruni

- Frankfurter Kurorchester, Mi 19.6., 21 Uhr, Neue Aula Uniplatz, Vorverkauf: MONDO Uniplatz, 12 DM (Abendkasse 14 DM)
- Lesung mit Robert Gernhardt, Do 20.6., 21 Uhr, Marstallsaal
- "Was nun, Frau Weber?", Talkshow mit der Oberbürgermeisterin, Fr 21.6., 21 Uhr, Marstallcaféteria
- Sommerunifest, Sa 22.6., 21 Uhr, Marstall, Eintritt frei!
- Erwin Grosche "Komische Helden", So 23.6., 20 Uhr, Marstallsaal

Theater

- "Les Acteurs" und "La Dispute" von Pierre Carlet de Chamblain de Marivaux, Theatergruppe am Romanischen Seminar ("Les Allumeurs d'Astres"), Fr-So, jeweils 20 Uhr, Romanischer Keller

Wahlen an der Uni

- Di 11.6., 9-18 Uhr, Neue Uni, INF 308, Psychologisches Institut (Hauptstr.)

Impressum

UNIMUT - Zeitung an der Uni Heidelberg

Nr.: 42 - 10. Juni 91

UNIMUT erscheint: alle 2 Wochen
Mittwochs
(diesmal ausnahmsweise Montags)

Redaktionsschluß: Montags, 14⁰⁰ Uhr

Mitarbeit diesmal: Gerald Till Ansgar
Sabine u.a.

Druck: Druckwalze GdB/R

Auflage: 2500

LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.i.S.d.P: F(ach)S(chaf)ts(K)onferenz
Lauerstraße 1
6900 Heidelberg
Tel.: 06221/542456/7

